

1. Der Jugendrat hat Frau Malu Dreyer/ Ministerpräsidentin zum Thema „Jugendarbeit soll Pflichtarbeit“ sein angeschrieben. Frau Monna Al- Khaldi unterstrich als Vertreterin des Jugendrates im Ausschuss die Wichtigkeit dieser These und bat um Unterstützung der Mitglieder. Das Schreiben wurde als Tischvorlage dem Ausschuss vorgelegt.

2. Sachstand Baumaßnahmen Maria Himmelfahrt/ Koblenz Asterstein.

Die Vorsitzende berichtete von der Bürgerversammlung am 25.10.2013, die in der Kirche in Koblenz Asterstein von 450-500 Personen besucht wurde. Tenor der Versammlung war der einhellige Wunsch die KITA zu erhalten und ebenso die Versammlungsräume unter der KITA. Derzeit gibt es eine Finanzierungslücke von rund 300.000,00 EUR, die seitens des Bistums nicht finanziert werde. Die Stadt Koblenz hat in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Sanierung der Räume im Souterrain zugesagt, die für die KITA genutzt werden sollen. Das Problem ist allerdings nach wie vor der Schimmelbefall in den Räumen des Pfarrheims, der auch die obige Finanzlücke betrifft und vor den eigentlichen Sanierungsarbeiten der KITA beseitigt werden muss.

Der Ausschuss wird über den Fortgang unterrichtet.

3. Die Vorsitzende wies auf eine Werbekampagne zur Gewinnung von Pflegeeltern und Tagespflegepersonen hin. Diese wird am **04.12.2013 um 11 Uhr** in der Stadtbibliothek/ Forum Confluentes offiziell gestartet. Die Mitglieder erhalten gesondert eine schriftliche Einladung.

4. Dem Ausschuss wurde als Tischvorlage das Schreiben des Bundeskanzleramtes zum Thema Schulsozialarbeit verteilt. Seitens des Jugendamtes wird für den 26.11.2013 ein Workshop organisiert, an dem die Träger der Maßnahmen, Schulen, ADD und Jugendamt teilnehmen werden, um Ziele für die ab Januar 2014 wegfallenden Leistungen herauszuarbeiten.

5. Zum Thema „Haus des Jugendrechts“ erklärte die Verwaltung, dass bereits konstruktive Abstimmungsgespräche zwischen den Kooperationspartnern (Jobcenter, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt) geführt werden.

Dabei wird in kleineren Arbeitsgruppen über die zukünftige Zusammenarbeit des Jugendamtes mit dem „Haus des Jugendrechts“ zu vier Schwerpunktthemen gesprochen, diese sind :

- Umgang mit strafunmündigen Tätern
- Umgang mit strafmündigen Tätern ( Diversion sowie Mehrfach- bzw. Intensivtätern)
- Zusammenarbeit zwischen „Haus des Jugendrechts, Jugendamt und Gericht
- Allgemeine fallunabhängige Zusammenarbeit.

Der Ausschuss wird über die Ergebnisse informiert.

6. Das vom Jugendhilfeausschuss beschlossene Projekt“ Lesen und Arbeiten“ konnte noch nicht mit der Staatsanwaltschaft und den Richtern besprochen werden, da die Termingestaltung schwierig ist.

7. Die Vorsitzende berichtete über die KITA- Ausbaumaßnahmen:

- KITA Oberwerth: Die Abrissarbeiten sind gestartet, das Richtfest werde Anfang 2014 geplant.
- KITA Güls: Die Mitglieder des JHA erhalten eine Einladung für den Spatenstich der in der ersten Dezemberwoche erfolgen soll.

- KITA Boelcke: Dort ist der Baubeginn auf Anfang Januar terminiert.

8. Herr Wehran bat um Erläuterungen seitens der Verwaltung zum Zeitungsartikel in der Rheinzeitung gleichen Datums zum Thema „KITA Lahnstein“:

Es wurde zunächst seitens Frau Unkelbach ausgeführt, dass derzeit 19 Koblenzer Kinder in dieser Lahnsteiner KITA betreut werden. Dort wird das Konzept eines Waldorfkindergartens unterstützt. Die Eltern der Kinder zahlen monatlich 165 EUR Beitrag für je einen KITA Platz. Es wurden Verträge über einen Zeitraum von 4-5 Jahren zwischen dem Träger und den Eltern geschlossen.

Nunmehr ist die Erweiterung der Kindertagesstätte um 2 weitere Gruppen geplant und deshalb wurde ein Antrag beim zuständigen Jugendamt in Bad Ems gestellt.

Das Jugendamt der Stadt Koblenz wird einer finanziellen Unterstützung dieser KITA nicht zustimmen, da genügend Kindertagesstätten in Koblenz für die dort untergebrachten Kinder vorhanden sind. Es wurde der KITA Lahnstein und der Verwaltung in Bad Ems der Vorschlag unterbreitet, dass man sich dort wie beim Konzept der KITA „Bilingoo“ die Gründung einer Betriebskindertagesstätte als Betriebsform überlegen sollte, um dann die Möglichkeit der Abrechnung externer Kinder mit dem Land Rheinland -Pfalz nutzen zu können. Handlungsbedarf der Stadt Koblenz wird nicht gesehen.